

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
<i>A. Ziel der Untersuchung</i>	1
<i>B. Gegenstand der Untersuchung</i>	2
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	3
Kapitel 1: Die Grundlagen der Teilklage	5
<i>A. Die Zulässigkeit von Teilklagen</i>	5
<i>B. Terminologie und Kategorien</i>	22
<i>C. Die Frage der Teilbarkeit</i>	26
<i>D. Der Streitgegenstand einer Teilklage</i>	31
<i>E. Der Streitwert einer Teilklage</i>	36
Kapitel 2: Die Chancen der Teilklage	41
<i>A. Grundlagen</i>	41
<i>B. Prozesstaktische Gründe für die Beschränkung auf eine Teilklage</i>	47
<i>C. Zusammenfassung</i>	90
Kapitel 3: Die Risiken der Teilklage	91
<i>A. Grundzüge des Kostenhilferechts</i>	91
<i>B. Die Bedeutung der Teilklage als prozessuale Verhaltensanforderung im Kostenhilferecht</i>	104

<i>C. Prozessuale und materielle Nachteile infolge der Beschränkung auf eine Teilklage</i>	119
<i>D. Stellungnahme zur Zumutbarkeit der Beschränkung auf eine Teilklage im Kostenhilferecht</i>	205
<i>E. Zusammenfassung</i>	227
Kapitel 4: Die Ökonomik der Teilklage	229
<i>A. Relevanz der ökonomischen Theorie des Rechts</i>	229
<i>B. Potenzial der folgenden Darstellung</i>	232
<i>C. Grundlagen der ökonomischen Theorie des Rechts</i>	233
<i>D. Die ökonomische Analyse des Zivilprozessrechts</i>	238
<i>E. Einordnung der Ergebnisse dieser Arbeit</i>	240
<i>F. Zusammenfassung</i>	249
Ergebnisse	251
<i>Kapitel 1: Die Grundlagen der Teilklage</i>	251
<i>Kapitel 2: Die Chancen der Teilklage</i>	252
<i>Kapitel 3: Die Risiken der Teilklage</i>	256
<i>Kapitel 4: Die Ökonomik der Teilklage</i>	259
Literatur	263
Sachverzeichnis	295

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
<i>A. Ziel der Untersuchung</i>	1
<i>B. Gegenstand der Untersuchung</i>	2
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	3
Kapitel 1: Die Grundlagen der Teilklage	5
<i>A. Die Zulässigkeit von Teilklagen</i>	5
I. Rechtsdogmatischer Befund	5
1. Fehlende Positivierung	5
2. Ausdruck der Dispositionsmaxime	6
a. Verfassungsrechtliche Verortung der Dispositionsmaxime	7
b. Rückschlüsse für die Zulässigkeit der Teilklage	8
3. Ergebnis	9
II. Rechtshistorischer Befund	9
1. Römisches Zivilprozessrecht	10
a. Grundlagen des Verfahrensablaufs	10
b. Zulässigkeit und Zweck der Teilklage	10
2. Der Weg zur Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877	11
a. Entstehungsprozess einer einheitlichen Zivilprozessordnung ..	11
b. Kodifikationen der Einzelstaaten	12
c. Ergebnis	13
3. Ergebnis	14
III. Rechtsvergleichender Befund	14
1. Schweizerische Zivilprozessordnung	15
a. Grundlagen	15
b. Normierung der Teilklage	15
c. Ergebnis	15

2. Englisches Zivilprozessrecht	16
a. Rechtskraftlehre	16
aa. The traditional doctrine of res judicata	17
bb. The extended doctrine of res judicata (abuse of process) . . .	17
b. Kein „Verbot“ der Teilklage	18
c. Rückschlüsse für die Zulässigkeit der Teilklage im deutschen Zivilprozessrecht	20
3. Ergebnis	21
IV. Zusammenfassung	22
<i>B. Terminologie und Kategorien</i>	22
I. Die Teilklage	22
1. Der Begriff des Anspruchs	22
2. Verschiedene Rechtsschutzformen	24
II. Offene und verdeckte Teilklagen	24
III. Individualisierte und nicht individualisierte Teilklagen	25
<i>C. Die Frage der Teilbarkeit</i>	26
I. Zulässigkeit und Gegenstand der quantitativen Teilung	26
II. Verifizierung anhand der einzelnen Rechtsschutzformen	27
1. Leistungsklagen	27
2. Feststellungsklagen	29
3. Gestaltungsklagen	29
III. Zusammenfassung	31
<i>D. Der Streitgegenstand einer Teilklage</i>	31
I. Bedeutung des Streitgegenstands und der Begriffsfindung	31
II. Lösungsansätze zum Streitgegenstandsbegriff	32
1. Historischer materiellrechtlicher Streitgegenstandsbegriff	32
2. Zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff	33
3. Eingliedriger Streitgegenstandsbegriff	33
4. Relativer Streitgegenstandsbegriff	33
5. Loslösung vom Streitgegenstandsbegriff im europäischen Zivilprozessrecht	35
III. Stellungnahme	35
<i>E. Der Streitwert einer Teilklage</i>	36
I. Grundlagen	36
II. Berechnung des Streitwerts bei Teilklagen	36
1. Meinungsstand	36
2. Stellungnahme	38
III. Zusammenfassung	39

Kapitel 2: Die Chancen der Teilklage	41
A. Grundlagen	41
I. Wesen und Relevanz prozessualen Taktierens	41
1. Ausprägungen der Taktik im Zivilprozess	41
2. Grundlagen der anwaltlichen Beratungspflicht	42
3. Pflicht zur anwaltlichen Beratung hinsichtlich der Beschränkung auf eine Teilklage	42
II. Grenzen prozessualen Taktierens	43
1. Grundsatz von Treu und Glauben im Zivilprozessrecht	43
2. Relevanz des Einsatzes der Teilklage als prozesstaktisches Mittel ..	45
3. Figur des Rechtsschutzbedürfnisses	46
4. Zusammenfassung	47
B. Prozesstaktische Gründe für die Beschränkung auf eine Teilklage	47
I. Wirkungen der Rechtshängigkeit	47
1. Grundlagen	48
a. Nationales Zivilprozessrecht	48
b. Europäisches Zivilprozessrecht	48
2. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	50
3. Meinungsstand zur Zulässigkeit der parallelen Erhebung mehrerer Teilklagen	51
a. Nationales Zivilprozessrecht	51
aa. Reichweite der Rechtshängigkeit	52
bb. Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis	53
b. Europäisches Zivilprozessrecht	54
4. Stellungnahme	54
a. Nationales Zivilprozessrecht	54
aa. Dogmatische Begründung der beschränkten Rechtshängigkeitswirkung bei Teilklagen	54
bb. Reichweite der Rechtshängigkeit bei nicht individualisierten Teilklagen	56
cc. Keine Orientierung an der Rechtsprechung des EuGH	56
dd. Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis	57
b. Europäisches Zivilprozessrecht	58
aa. Maßstäbe der Entscheidungspraxis des EuGH	58
bb. Konkurrierende Rechtshängigkeit im Fall paralleler Teilklagen	59
cc. Sonderfall Mosaikbetrachtung	61
(1) Keine konkurrierende Rechtshängigkeit gemäß Art. 29 Abs. 1 Brüssel Ia-VO	61
(2) Zusammenhang gemäß Art. 30 Brüssel Ia-VO	62
(3) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis	63
5. Ergebnis	64

II. Sachliche Zuständigkeit von Gerichten	64
1. Grundlagen	64
2. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	65
3. Meinungsstand zur Zulässigkeit	65
4. Stellungnahme	67
a. Widerspruch zur Zwecksetzung der gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen	68
b. Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten des Beklagten ..	69
5. Ergebnis	70
III. Wertabhängige Zulässigkeitsvoraussetzungen bei Rechtsbehelfen ...	70
1. Grundlagen	70
2. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	72
3. Meinungsstand zur Zulässigkeit	72
4. Stellungnahme	72
a. Kein Widerspruch zur Zwecksetzung der gesetzlichen Regelung	72
b. Keine Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten des Beklagten	73
5. Ergebnis	74
IV. Besondere Verfahrensarten	74
1. Grundlagen	74
a. Verfahren nach billigem Ermessen gemäß § 495a ZPO	74
b. Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen	75
2. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	76
a. Statthaftigkeit des Bagatellverfahrens bei Teilklagen	76
aa. Nationales Zivilprozessrecht	76
bb. Europäisches Zivilprozessrecht	77
b. Prozesstaktische Interessen des Klägers	78
3. Meinungsstand zur Zulässigkeit	78
a. Nationales Zivilprozessrecht	78
b. Europäisches Zivilprozessrecht	78
4. Stellungnahme	79
a. Nationales Zivilprozessrecht	79
b. Europäisches Zivilprozessrecht	80
aa. Kein Widerspruch zur Zwecksetzung der Wertgrenze	80
bb. Einschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten des Beklagten	80
5. Ergebnis	81
V. Vorläufige Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung	81
1. Grundlagen	82
a. Wesen und Zweck der vorläufigen Vollstreckbarkeit	82
b. Ermittlung des Verurteilungstreitwerts	82
2. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	82
3. Meinungsstand zur Zulässigkeit	83
4. Stellungnahme	83

5. Ergebnis	84
VI. Einschränkung der Gegenangriffsmöglichkeiten des Beklagten	84
1. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	84
a. Verdeckte Teilklage	84
b. Prozesstaktisch motivierte Aufteilung des Gesamtanspruchs	85
2. Meinungsstand zur Zulässigkeit	85
3. Stellungnahme	86
a. Verdeckte Teilklage	86
b. Prozesstaktisch motivierte Aufteilung des Gesamtanspruchs	88
4. Ergebnis	88
VII. Prozesskosten	89
1. Prozesstaktische Relevanz der Teilklage	89
2. Meinungsstand zur Zulässigkeit	89
3. Stellungnahme	90
C. Zusammenfassung	90
Kapitel 3: Die Risiken der Teilklage	91
A. Grundzüge des Kostenhilferechts	91
I. Zugang zu den Gerichten zwischen Justizgewährungsanspruch und Finanzierbarkeit	91
1. Rechtliche Grundlagen und Ausgestaltung des effektiven Rechtsschutzes	92
2. Finanzierung der Justiz	93
a. Überblick	93
b. Rechtspolitische Tendenz	94
c. Rechtfertigung der Erhebung von Prozesskosten	95
3. Rechtsschutz für Unbemittelte durch Gewährung von Prozesskostenhilfe	96
4. Weitere Erscheinungen des Kostenhilferechts	97
a. Private Prozessfinanzierung	97
b. Unterhaltsrechtlicher Anspruch auf Prozesskostenvorschuss	98
c. Rechtsschutzversicherung	99
II. Prozesskostenhilfe	101
1. Innerstaatliche Rechtsverfolgung	101
2. Grenzüberschreitende Rechtsverfolgung	101
III. Rechtsschutzversicherung	102
1. Rechtsgrundlagen	102
2. Voraussetzungen des Versicherungsschutzes	103
3. Rechtsfolgen	103
IV. Zusammenfassung	103

<i>B. Die Bedeutung der Teilklage als prozessuale Verhaltensanforderung im Kostenhilferecht</i>	104
I. Senkung von Prozesskosten durch Beschränkung auf die Erhebung einer Teilklage	104
II. Tatbestandsmerkmal der Mutwilligkeit gemäß § 114 ZPO	105
1. Definition	105
2. Mutwilligkeit bei Voll- statt Teilklagen	106
a. Rechtslage vor dem 1. Januar 1981	106
b. Neufassung des § 114 ZPO	108
c. Heutige Rechtslage	109
3. Rechtsnatur der Verweisung auf eine Teilklage	110
a. Pflichten und Lasten im Zivilprozess	110
b. Verortung der Verweisung auf die Erhebung einer Teilklage ...	112
4. Problemstellung und weiterer Gang der Untersuchung	113
III. Verhaltensanforderungen im Versicherungsrecht	113
1. Kostenorientierte Verhaltensanforderungen im Bereich der Rechtsschutzversicherung	113
2. Rechtsnatur der Verhaltensanforderungen	114
3. Verweisung auf die Erhebung einer Teilklage	114
a. Mutwilligkeitsverbot	114
b. Gesetzliche Schadensminderungsobliegenheit gemäß § 82 Abs. 1 VVG	115
c. Allgemeine vertragliche Schadensminderungsobliegenheit ...	116
d. Ausdrückliche Verweisung auf die Teilklage	116
4. Problemstellung und weiterer Gang der Untersuchung	117
IV. Zusammenfassung	118
<i>C. Prozessuale und materiellrechtliche Nachteile infolge der Beschränkung auf eine Teilklage</i>	119
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung	119
1. Grundlagen	119
2. Analyse und Lösung der Probleme	120
a. Teilklagen im weiten Sinne	120
aa. Möglichkeiten der Individualisierung	120
bb. Kritik	121
cc. Stellungnahme	122
dd. Prozessrisikoanalyse	124
ee. Ergebnis	125
b. Teilklagen im engen Sinne	126
aa. Offenlegung der Teilklage	126
bb. Individualisierung der offenen Teilklage	126
cc. Ergebnis	127
3. Ergebnis	128
II. Verbindung einer Stufenklage mit einer Teilklage	128

1. Grundlagen	128
2. Analyse und Lösung der Probleme	129
a. Interesse des Klägers an effektiver Rechtsdurchsetzung	129
b. Berücksichtigung des Prozesskostenrisikos	129
aa. Prozesskosten der Stufenklage	130
bb. Prozesskosten der Verbindung von Stufen- und Teilklage	131
cc. Ergebnis	132
3. Ergebnis	132
III. Wirkungen der Rechtshängigkeit	132
1. Grundlagen	132
2. Analyse und Lösung der Probleme	133
a. Umfang der Verjährungshemmung	133
aa. Meinungsstand	133
bb. Stellungnahme und Problemaufriss	134
cc. Entwicklung eines prozessualen Lösungsvorschlags	135
(1) Grundsatz	135
(2) Problemlösung	137
dd. Entwicklung eines vertraglichen Lösungsvorschlags	138
ee. Zwischenergebnis	139
b. Wahrung von Ausschlussfristen	139
aa. Meinungsstand	140
bb. Stellungnahme und Problemaufriss	140
cc. Überprüfung der Belastbarkeit der Lösungsvorschläge	141
3. Ergebnis	141
IV. Reichweite der Rechtskraft	141
1. Grundlagen	141
2. Analyse und Lösung der Probleme	142
a. Meinungsstand	142
aa. Reichweite der Rechtskraft bei Entscheidungen über offene Teilklagen	143
(1) Obsiegen mit der Teilklage	143
(a) Prozesssperrung wegen Streitgegenstandsidentität	143
(b) Präjudizialität bei Streitgegenstandsverschiedenheit	144
(2) Unterliegen mit der Teilklage	145
(a) Prozesssperrung wegen Streitgegenstandsidentität	145
(b) Präjudizialität bei Streitgegenstandsverschiedenheit	146
bb. Reichweite der Rechtskraft bei Entscheidungen über verdeckte Teilklagen	147
(1) Obsiegen mit der Teilklage	147
(a) Prozesssperrung wegen Streitgegenstandsidentität	147
(b) Präjudizialität bei Streitgegenstandsverschiedenheit	149
(2) Unterliegen mit der Teilklage	149
(a) Prozesssperrung wegen Streitgegenstandsidentität	149

(b) Präjudizialität bei Streitgegenstandsverschiedenheit	151
b. Stellungnahme und Folgen für die Problemstellung	151
c. Überprüfung der Belastbarkeit der Lösungsvorschläge	152
aa. Rechtliche Konstruktion im Rahmen des vertraglichen Lösungsvorschlags	153
(1) Prozessvertrag über die Erweiterung der Rechtskraftwirkung	153
(2) Vergleich gemäß § 779 BGB	155
bb. Bewertung des vertraglichen Lösungsvorschlags	156
cc. Ergebnis	157
3. Ergebnis	157
V. Probleme der Nachschiebung des zunächst nicht eingeklagten Rests	157
1. Grundlagen	157
2. Analyse und Lösung der Probleme	157
a. Klageerweiterung	158
b. Restklage	159
3. Ergebnis	161
VI. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	161
1. Grundlagen	161
2. Analyse und Lösung der Probleme	163
a. Meinungsstand	163
b. Stellungnahme	165
aa. Vorüberlegung und Eingrenzung des Problemkreises	165
bb. Kritische Betrachtung der dargestellten Lösungsansätze	166
(1) Vermeidung sich widersprechender Entscheidungen	167
(2) Vergleich mit der Rechtskraftwirkung	168
3. Ergebnis	171
VII. Sachliche Zuständigkeit von Gerichten	171
1. Grundlagen	171
2. Analyse und Lösung der Probleme	171
a. Recht auf den gesetzlichen Richter	171
aa. Hinreichende Bestimmung des gesetzlichen Richters	172
bb. Keine Entziehung des gesetzlichen Richters	174
b. Verlust der Vorteile für das Rechtsschutzgesuch des Klägers vor dem Landgericht	175
aa. Zwecksetzung der Aufteilung erstinstanzlicher Zuständigkeit	176
bb. Spezialisierung von Spruchkörpern am Landgericht	177
cc. Veränderter Instanzenzug	178
dd. Spruchpraxis bestimmter Spruchkörper	178
c. Überprüfung der Belastbarkeit der Lösungsvorschläge	178
aa. Prozessualer Lösungsvorschlag	179
(1) Meinungsstand	179

(2) Stellungnahme	180
bb. Vertraglicher Lösungsvorschlag	181
d. Ergebnis	182
3. Ergebnis	183
VIII. Wertabhängige Zulässigkeitsvoraussetzung bei Rechtsbehelfen	183
1. Grundlagen	183
2. Analyse und Lösung der Probleme	183
a. Ergebniskorrektur verfassungsrechtlich nicht geboten	183
b. Überprüfung der Belastbarkeit der Lösungsvorschläge	184
aa. Prozessualer Lösungsvorschlag	185
bb. Vertraglicher Lösungsvorschlag	186
c. Ergebnis	186
3. Ergebnis	186
IX. Besondere Verfahrensarten	186
1. Grundlagen	186
2. Analyse und Lösung der Probleme	187
a. Nationales Zivilprozessrecht	187
aa. Verfassungsrechtliche Beurteilung	187
bb. Bindung an sonstige Verfahrensgrundsätze	188
b. Europäisches Zivilprozessrecht	189
aa. Grundsatz der Schriftlichkeit des Verfahrens	189
bb. Sonstige Unwägbarkeiten des Rechtsschutzes	191
(1) Freibeweisverfahren	191
(2) Keine Urteilsverkündung	192
(3) Prozesskostenlast	193
cc. Überprüfung der Belastbarkeit der Lösungsvorschläge	194
c. Zusammenfassung	194
3. Ergebnis	195
X. Materiellrechtliche Gegenrechte des Beklagten	195
1. Einrede des nicht erfüllten Vertrags und Zurückbehaltungsrecht	195
2. Minderung	196
3. Mitverschulden des Klägers	196
4. Aufrechnung	198
5. Ergebnis	202
XI. Prozesskosten	202
1. Kostensteigerung durch Teilklagen	202
2. Kostenrelevanz der Lösungsvorschläge	204
3. Ergebnis	204
D. Stellungnahme zur Zumutbarkeit der Beschränkung auf eine Teilklage im Kostenhilferecht	205
I. Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse	205
II. Auslegung des Begriffs der Mutwilligkeit gemäß § 114 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 ZPO	209

III. Wirksamkeit der Verweisung auf eine Teilklage in der Rechtsschutzversicherung	211
1. Leistungsbeschreibung der Rechtsschutzversicherung	211
2. Gesetzliche und vertragliche Schadensminderungsobliegenheit ...	212
a. Auslegung der ARB-Klauseln	212
aa. Allgemeine Schadensminderungsobliegenheiten	213
bb. Konkrete Teilklageverweisung	215
b. Kontrollfähigkeit der ARB-Klauseln	215
aa. Behördliche Genehmigung	215
bb. Schuldrechtsreform	216
cc. Schranken der Inhaltskontrolle	216
(1) Kontrollfreiheit von Leistungsbeschreibungen	217
(2) Kontrollfreiheit deklaratorischer Klauseln	218
(a) Rechtslagenvergleich mit § 82 Abs. 1 VVG	219
(b) Vergleich mit der prozessrechtlichen Rechtslage ...	220
(c) Zulässigkeit einer Disposition über prozessuale Befugnisse	221
(d) Zusammenfassung	222
dd. Kontrollfreiheit von AGB-Klauseln auf der Grundlage qualifizierter Erlaubnisnormen	222
ee. Nachteilige Abweichung von halbzwingenden Vorschriften	224
c. Ergebnis	227
IV. Zusammenfassung	227
E. Zusammenfassung	227
 Kapitel 4: Die Ökonomik der Teilklage	 229
A. Relevanz der ökonomischen Theorie des Rechts	229
I. Relevanz für das Recht im Allgemeinen	230
II. Relevanz für den Untersuchungsgegenstand	231
B. Potenzial der folgenden Darstellung	232
C. Grundlagen der ökonomischen Theorie des Rechts	233
I. Begriff der Ökonomik	233
II. Konzeption der ökonomischen Theorie des Rechts	233
1. Philosophische Grundlagen des ökonomischen Verhaltensmodells	233
2. Inhalt des ökonomischen Verhaltensmodells	234
3. Wesen der ökonomischen Effizienz	235
III. Systematik der ökonomischen Theorie des Rechts	236
IV. Einflüsse der kognitiven Psychologie	236
V. Abgrenzungen	237
D. Die ökonomische Analyse des Zivilprozessrechts	238

<i>E. Einordnung der Ergebnisse dieser Arbeit</i>	240
I. Aussagen der positiven ökonomischen Theorie des Rechts zum prozesstaktischen Einsatz der Teilklage	240
1. Grundlagen	240
2. Handlungsrestriktionen des Zivilprozessrechts	240
3. Nutzenmaximierung bei prozesstaktischem Einsatz der Teilklage .	241
II. Aussagen der normativen ökonomischen Theorie des Rechts zur Beschränkung auf eine Teilklage im Kostenhilferecht	242
1. Ausgangslage	243
2. Vorzugswürdigkeit der Teilklage	243
3. Vorzugswürdigkeit der Vollklage	245
4. Beurteilung anhand der Effizienzkriterien	246
a. Pareto-Kriterium	246
b. Kaldor-Hicks-Kriterium	247
c. Ergebnis	247
5. Grenzen der ökonomischen Analyse des Zivilprozessrechts	247
<i>F. Zusammenfassung</i>	249
Ergebnisse	251
<i>Kapitel 1: Die Grundlagen der Teilklage</i>	251
<i>Kapitel 2: Die Chancen der Teilklage</i>	252
<i>Kapitel 3: Die Risiken der Teilklage</i>	256
<i>Kapitel 4: Die Ökonomik der Teilklage</i>	259
Literatur	263
Sachverzeichnis	295